



9/11- dreizehn Jahre danach und nichts gelernt



Heute vor 13 Jahren schockte der schlimmste Terroranschlag in der Geschichte des Islams gegen den Rest der Welt die Menschen. Bis zu diesem Tag schienen die USA das Vorbild für scheinbare Unangreifbarkeit und Macht zu sein. Mohammed Atta und seine Todesschwadron zeigten uns, wie verwundbar wir sind. Haben wir daraus gelernt? Sind wir heute besser gerüstet? Haben wir die Gefahr des Islams erkannt? Nein! Dümmer und naiver denn je stehen wir da und warten auf den nächsten großen Knall.

(Von L.S.Gabriel)

Was hat sich getan?

Am 12. September 2001 verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Anschläge als „Bedrohung des Weltfriedens“. George W. Bush proklamierte den Krieg gegen den Terror und startete, mit dem Einmarsch in Afghanistan, am 7. Oktober 2001 die Operation

Enduring Freedom. Ziel war es, Osama bin Laden, den Kopf der Anschläge vom 11. September, auszuschalten und die Taliban-Diktatur zu beenden.

Obwohl der damalige stellvertretende Verteidigungsminister der USA Paul Wolfowitz am 26. September, bei einem Ministertreffen in Brüssel, darauf verzichtete den NATO-Bündnisfall auszurufen – die USA sehe die Notwendigkeit einer kollektiven Aktion nicht und würde, wenn nötig, darum bitten -, wurde der Bündnisfall am 4. Oktober 2001, zum ersten Mal in der Geschichte, beschlossen. George Robertson, der damalige Generalsekretär sagte, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen Bündnispartner als Angriff gegen alle angesehen werde.

Europa war aus seinem Dornröschenschlaf aufgeschreckt worden und das ernstzunehmende Gefühl der Bedrohung ließ sich plötzlich nicht mehr beiseite schieben. So fanden sich unter anderem Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal, Dänemark und Norwegen 2003 zur „Koalition der Willigen“ zusammen, um, gemeinsam mit den USA, den Sturz Saddam Husseins herbeizuführen.

11/M

Die Gegenaktion ließ nicht lange auf sich warten. Madrid, am 11. März 2004, drei Tage vor den Parlamentswahlen, detonierten am frühen Morgen, in mehreren vollbesetzten Pendlerzügen, insgesamt zehn Sprengstoffpakete. 191 Tote und ca. 1400 bis 1800 Verletzte waren die entsetzliche Bilanz dieses Terroraktes. Wer genau aufgepasst hatte, konnte schon damals den Willen der Politik erkennen, den islamischen Terror zu verschleiern. Der damalige spanische Innenminister Angel Acebes fühlte sich bemüßigt zu betonen, dass es keine Hinweise in diese Richtung gebe und jubelte die Tat vorerst einmal der baskischen Terrororganisation Eta unter. Allerdings nutzte die linke Partido Socialista Obrero Español (PSOE) die Gunst der Stunde und stellte, kurz vor der Wahl, die Verbindung zwischen dem Anschlag und dem spanischen Einsatz im Irak her. Es

reichte letztendlich um die Konservativen so zu schwächen, dass es zu einer Minderheitsregierung der Linken kam, die dann auch gleich 2004 die spanischen Truppen aus dem Irak abzog.

7/7

Im Juli 2005 fand sich London gleich zweimal in Gesellschaft von New York und Madrid wieder. Am 6. Juli entschied die Stadt den Wettstreit um die Olympischen Spiele 2012 gegen diese Kontrahenten für sich. Die Londoner waren noch in Feierlaune, als tags darauf, am Morgen des 7. Juli 2005, mitten im Berufsverkehr, beinahe zeitgleich vier Rucksackbomber den Märtyrertod suchten. In drei U-Bahnzügen und einem Bus starben insgesamt 56 Menschen und mehr als 700 wurden verletzt.

Anders als im Jahr davor, in Spanien, ließ man hier keine Zweifel über die Attentäter aufkommen. Es handelte sich um vier junge Männer mit pakistanischem Migrationshintergrund. Was aber auffiel, die britische Presse legte in ihrer Berichterstattung Wert auf die Bezeichnung „homegrown“. Also, in der Heimat gewachsener Terror. Drei der vier Terroristen waren in Großbritannien geboren worden, einer in Jamaika, aber auch er war in Großbritannien aufgewachsen.

Der damalige Premierminister Tony Blair erklärte in einer Pressekonferenz:

„Es ist wichtig, dass die Terroristen erkennen, dass unsere Entschlossenheit, unsere Werte und unsere Lebensweise zu verteidigen größer ist, als ihre Entschlossenheit, Tod und Zerstörung über unschuldige Menschen zu bringen, in dem Wunsch, den Extremismus der Welt aufzuzwingen.“

Gleichzeitig holte er den Islam aber auch wieder mit ins Boot:

„Darüber hinaus [begrüße ich die Erklärung vom Muslim Council](#), dass sie wissen, dass diese Menschen im Namen des Islam handelten, aber auch, dass die große und überwältigende

Mehrheit der Muslime hier und im Ausland, anständige und gesetzestreue Menschen seien und, dass sie diesen Akt des Terrorismus genauso verabscheuen, wie wir es tun.“

Die sonst so unaufgeregte Metropole hatte bereits unmittelbar nach 9/11 aufgerüstet und sich Know-how aus Ländern geholt, die mit Terror dieser Art mehr Erfahrung hatten. Diese Schulungen im Ausland führten, zum Beispiel zur „[Operation Kratos](#)“, einer sogenannten shoot-to-kill Regel, die es der Polizei erlaubt, potenzielle Attentäter durch den finalen Schuss in den Kopf auszuschalten.

Schon am 22. Juli 2005, nachdem am Tag davor ein weiterer Anschlag auf die Londoner U-Bahn gescheitert war, fand Operation Kratos ihr erstes Opfer. Jean Charles de Menezes, ein junger Brasilianer, wurde in einer Londoner U-Bahnstation, aufgrund einer Fehleinschätzung der Situation, getötet. Spätestens jetzt war die Nervosität, die plötzlich herrschte, offensichtlich.

Während Europa mit den Schockwellen des 11. September kämpfte und nicht wirklich wusste, wie es künftigen Bedrohungen dieser Art effektiv begegnen sollte, gaben die USA, in gewohntem Unilateralismus, die weitere weltweite Gangart schon vor.

Einiges davon sah, in Bezug darauf dem radikalen Islam Einhalt zu gebieten, vordergründig betrachtet recht vielversprechend aus. Bei genauerer Betrachtung aber wird deutlich, dass parallel zum Aufmarsch der Militärs und der mehr oder weniger kämpferischen Polemik einzelner Politiker, eine zweite Ebene etabliert wurde. Auch diese wurde den Menschen als Maßnahme zur Bekämpfung des Terrorismus verkauft. In Summe aber schränkte sie die Rechte der Bürger in einem Maß ein, das die zu verteidigende Freiheit in ein Gefängnis verwandelte. Anstatt das Krokodil zu bändigen, sperrte man dessen Beute in einen Käfig aus Sicherheitsmaßnahmen.

Schlag auf Schlag bauten nun die USA und Europa ein nie

dagewesenes Kontrollsystem auf, zu dessen ersten Opfern die eigenen Bürger wurden.

Nur fünf Wochen nach den Anschlägen auf das World Trade Center installierte die US-Regierung den „Patriot Act I“ (Provide Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism), ein Antiterrorgesetz, das es den Behörden vereinfachte Bankkonten zu öffnen, Telefongespräche mitzuhören, den elektronischen Schriftverkehr zu überwachen, bis hin zur Einsicht in medizinische Daten der Bürger. Zähneknirschend [gab Microsoft 2011 zu](#), dass davon auch die, von vielen europäischen Unternehmen genutzten, Clouds betroffen wären.

Von nun an konnten unbescholtene Bürger, nur aufgrund einer vermeintlich [verdächtigen Wortwahl](#) in E-Mails, ins Visier der Ermittler geraten.

Auch der Flugverkehr war unmittelbar betroffen. Die von Amerika vorgegebenen neuen Sicherheitsstandards hatten weltweite Auswirkungen. Beschränkungen beim Mitführen von Flüssigkeiten, der Nacktscanner und ein insgesamt unentspannteres Kontrollpersonal waren nur einige der Folgen für Flugpassagiere.

2002 gründete die US-Regierung das U.S. [Department of Homeland Security](#) (DHS), dieses Ministerium soll die Sicherheit der Nation vor Bedrohungen von innen als auch von außen gewähren.

Andere Staaten zogen nach: In Deutschland wurde zum 1. Mai 2004 das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK) eingerichtet. Österreichs Strafgesetzbuch wurde um neue Anti-Terror-Paragrafen erweitert und die Rasterfahndung gesetzlich verankert. Es folgte der [Europäische Haftbefehl](#). 2008 kam, mit dem [EU-Vertrag von Lissabon](#), eine europäische Beistandspflicht bei Terrorangriffen. Auch die umstrittene Vorratsdatenspeicherung wurde unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung angestoßen.

Während in der westlichen Welt die Freiheit der Bürger immer mehr eingeschränkt wurde, eröffneten sich im Krieg gegen den Terror ganz neue Nebenschauplätze, denn schon lange fand der nicht mehr nur irgendwo in der Wüste statt. In Wahrheit sind die Kampfgebiete längst mitten in Europa angekommen. In den Straßen von London, Malmö, Berlin, Wien, Marseille, um nur einige zu nennen. Die autochthone Bevölkerung wird beschimpft, bedroht, ausgeraubt, vergewaltigt, erschlagen, erstochen, erschossen. Die örtliche Exekutive ist immer öfter überfordert, in vielen Fällen sogar, durch eine schwache Justiz, in ihren Aufgaben nicht nur behindert sondern geradezu sabotiert.

Die Zügellose Zuwanderung von Menschen mit atavistischem Kulturhintergrund sorgt für ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft, das von dieser, mangels geeigneter Erfahrungswerte, nicht ausgeglichen werden kann. Sprich, der Mensch auf der Straße sieht sich im Alltag vermehrt einem Verhalten gegenüber, dem er nichts entgegenzusetzen hat. Die mangelnde soziale und empathische Kompetenz der Aggressoren macht die Bevölkerung hilflos. Die einzige Strategie scheint der Rückzug zu sein.

Es ist ein Zweifrontenkrieg, dem sich die europäische Bevölkerung ausgesetzt sieht. An der einen Flanke steht der gewaltbereite Islam. Die Soldaten Allahs ziehen durch die Städte und demonstrieren gegen die Demokratie und für die Einführung des islamischen Rechts, der Scharia. Sie fordern lautstark unsere Unterwerfung gegenüber dem Diktat des Koran, ihres für sie, und in Folge auch für uns, einzig gültigen Gesetzbuches. Aber auch jene, die sich gemäßigt geben, agitieren eigentlich gegen die Gesellschaft, in die sie sich keinesfalls integrieren, der sie sich nicht ein Jota annähern wollen. Sie fordern neue Regeln für Schulen, für das öffentliche Feiern nicht muslimischer religiöser Feste und auch für den Umgang mit Lebensmitteln.

Die zweite Front bildet die Politik, die ihre Bürger nicht nur

längst im Stich gelassen hat, sondern in vielen Fällen auch mit den Agitatoren der islamischen Front gemeinsam Druck aufbaut. Oft werden Forderungen, im Sinne einer vermeintlichen Integration, erfüllt, noch bevor diese von der anderen Seite klar formuliert wurden. Wer dagegen ist, wird zum Staatsfeind erklärt und muss zum Schweigen gebracht werden. Notfalls werden auch demokratische Mittel, wie das Recht auf die Durchsetzung von Bürgerbegehren, als Hetze angeprangert und mit grenzwertigen Auflagen belegt. Mit dem Argument der Sicherung des öffentlichen Friedens wird die Demokratie ausgehebelt.

2010 trat der „Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in sämtlichen EU-Staaten in Kraft. Rassistische oder fremdenfeindliche Handlungen sollen in allen Mitgliedstaaten unter Strafe gestellt werden und mit Freiheitsstrafe bedroht sein. Diese [Richtlinie](#) entspricht einem Sprechverbot über den Islam.

16/18

Diese Entwicklung blieb in der islamischen Welt nicht unbemerkt. Der Regierungswechsel in den USA war sehr hilfreich. Die Regierung Obama sollte sich beinahe nahtlos in die Reihe der schwachen Europäer einreihen, vielleicht nicht offen, aber doch gefällig geneigt das Projekt Unterwerfung zumindest zuzulassen.

Die OIC (Organisation der Islamischen Kooperation) ist ein Zusammenschluss von 57 islamischen Ländern. Sie versucht schon seit langer Zeit der UN eine Erklärung abzurufen, die Islamophobie mit Rassismus gleichstellt. Nun sollte dieses Vorhaben auf Betreiben der OIC vorangetrieben werden. Der Istanbul Prozess will ein, im internationalen Recht verankertes, globales Verbot jeder Kritik am Islam oder an der Scharia.

Im März 2011 wurde die [Resolution 16/18](#) des UN-

Menschenrechtsrates in Genf verabschiedet. Für die OIC war das ein weiterer Schritt das internationale rechtliche Konzept der Diffamierung des Islam voranzubringen. Darin werden die Länder aufgefordert „Intoleranz, negative Stereotypen und Stigmatisierung von Religionen zu bekämpfen“.

Von 12.-14. Dezember 2011 war Washington Gastgeber einer Konferenz zum Istanbul Prozess. Damit sicherte sich die OIC die Legitimation der USA die [Kritik am Islam weltweit verbieten](#) zu lassen.

Die Ausläufer dieser Entwicklungen haben schon viele mutige Menschen zu spüren bekommen:

Geert Wilders (NL)

Lars Hedegaard (DK)

Michel Houllebecq (F)

Elisabeth Sabaditsch-Wolff (Ö), (PI berichtete [hier](#) und [hier](#))

Susanne Winter (Ö)

Jasper Langballe (DK)

Jussi Kristian Halla-aho (FIN)

Diese Liste der Schande wird stetig länger. Unser hart erkämpftes Recht auf freie Meinungsäußerung ist in Gefahr am Altar der feigen Political Correctness geopfert zu werden. Gleichzeitig wird so eine offene Auseinandersetzung mit der größten Bedrohung seit dem 2. Weltkrieg verhindert.

Derweil gebiert der Islam mit [Boko Haram](#) und [ISIS](#) neue teuflische Auswüchse, die ihresgleichen suchen. In Ägypten, Syrien, im Irak werden die „Ungläubigen“ verfolgt, massakriert und geschlachtet. Der Islam wütet schlimmer als je zuvor und der Westen hat dieser Art von Unmenschlichkeit scheinbar nichts entgegenzusetzen.

Fazit: Heute, dreizehn Jahre nach 9/11 und viele Tote und selbst bei uns per Gesetz Verfolgte später, stehen wir am Rande des sicherheitspolitischen Kollaps. [Europäische Städte](#) werden von der Polizei als „an den Islam verloren“ aufgegeben,

[islamische Verstümmelungsriten](#) gibt es auch bei uns, Menschen werden in Europa auf offener Straße [islamkonform geköpft](#), Christen und anderen Kuffar wird [offen mit dem Tod gedroht](#), [moslemischer Juden Hass](#) in unseren Straßen, unsere „unislamischen“ [Kinder werden schon in der Schule bedroht](#), wir haben [Schariazonen](#) in vielen Städten mitten in Europa.

9/11 hätte den Westen aufschrecken müssen aber nicht seine Bürger zu knebeln, sondern dem Islam Einhalt zu gebieten. Stattdessen kuschen unsere Volkverräterretreter nicht nur vor immer mächtiger werdenden Islamverbänden, sondern erklären diese Hass- und Gewaltverherrlichende und -durchsetzende Ideologie sogar als Teil unserer Gesellschaft. Bestenfalls gibt es [halbherzig angekündigte Gegenmaßnahmen](#), aber auch da nur gegen die schlimmsten derzeit wütenden islamischen Mörderbanden. Gleichzeitig importieren wir uns den Islam per [Invasorenluftbrücken](#) und „[Rettungsaktionen](#)“ sogenannter „Flüchtlinge“ tagtäglich ins Land. Es wird keine großartigen Anschläge mehr brauchen, der hier bei uns sich breitmachende „Alltagsislam“ wird uns, unsere Werte und unsere Freiheit über kurz oder lang von innen heraus zerstören.

Auf Ground Zero mag es so aussehen als sei die Welt nun eine schönere (Bild oben), in Wahrheit ist es die Camouflage eines dreizehnjährigen Versagens. Dreizehn verlorene Jahre, in denen das Unheil sich ausbreiten und wie ein Pilzgeflecht in unsere Welt einnisten konnte. Wer schon einmal versucht hat ein Myzel vollständig zu entfernen weiß, dass das kaum möglich ist.

9/11 – wir werden niemals vergessen: